

Wer will die Glyphosat-Zulassung verlängern? (Teil 1)

Автор(и): Нора Иванова, Редактор Растителна Защита /РЗ/

Дата: 16.03.2016 Брой: 3/2016



Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat für die nächsten 15 Jahre zu verlängern, hat in europäischen Parlamentskreisen und nichtstaatlichen Umweltorganisationen scharfe Kritik hervorgerufen und lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf die freie Auslegung von Gesetzen und Vorschriften. Die neuesten Ergebnisse von Studien über die schädlichen Auswirkungen von Glyphosat auf Lebewesen und die Umwelt werfen ernsthafte Zweifel am Entscheidungsprozess der europäischen Institutionen auf, die blind Unternehmensinteressen folgen und die Gesundheit der eigenen Bürger aufs Spiel setzen.

Glyphosat ist eine der am häufigsten verwendeten chemischen Substanzen, auf denen ein Großteil der weltweit zugelassenen und weit verbreiteten Breitbandherbizide basiert. Gemäß der europäischen Gesetzgebung müssen die Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln alle 10 Jahre von unabhängigen Experten im Hinblick auf ihre Qualität und ihre Auswirkungen auf die Umwelt

gründlich überprüft und erst danach für einen bestimmten Zeitraum wieder für den Markt zugelassen werden.

Die Weltgesundheitsorganisation versus die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

In der Praxis lief bereits 2012 die alte Zulassung für Glyphosat ab, das 1970 von der Firma Monsanto unter dem Handelsnamen Roundup patentiert wurde. Um im Mai 2012 eine nachfolgende europäische Zulassung zu erhalten, reichte das amerikanische Unternehmen beim Bundesinstitut für Risikobewertung in Berlin fünf wissenschaftliche Berichte ein, in denen Labormäuse mit Glyphosat behandelt wurden. Monsantos vorläufige Schlussfolgerungen waren, dass der Stoff sicher sei und keine krebserregende Wirkung habe.

Der Kampf für oder gegen Glyphosat, der sich in den letzten Jahren zu einem Kampf gegen das amerikanische Agro-Kartell entwickelt hat, wurde auf Mitte 2015 verschoben, als Europa, in Person der Europäischen Kommission, endlich eine endgültige Entscheidung über dieses umstrittene Herbizid treffen musste. Besonders nach den skandalträchtigen Beweisen der Internationalen Agentur für Krebsforschung und der Weltgesundheitsorganisation, wo Glyphosat als genotoxisch eingestuft wird, neigte die allgemeine Stimmung zu einem bedingungslosen Verbot. Oder zumindest deutete die Logik der Ereignisse auf eine andere Entwicklung hin, bis Ende 2015 die Berichte der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) erschienen, die kategorisch die Möglichkeit ablehnten, dass Glyphosat eine direkte oder indirekte Auswirkung auf die menschliche Gesundheit hat. Die wissenschaftliche Bewertung von 96 internationalen unabhängigen Experten auf dem Gebiet der Krebsforschung wurde als "inakzeptabel, grundlegend fehlerhaft und dazu bestimmt, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen" erklärt.

Brüssel – 7.–8. März 2016

Auf dem Treffen nationaler Experten, das am 7. und 8. März in der belgischen Hauptstadt stattfand, wurde erneut keine konkrete Entscheidung getroffen. Das Schicksal von Glyphosat bleibt mindestens bis Ende Mai unklar, wenn die Experten ihr Urteil "endgültig" fällen werden. Trotz des fehlenden Ergebnisses ist die Europäische Grüne Partei, die in den letzten Wochen verschiedene "Anti-Glyphosat"-Bürgerinitiativen unterstützt hat, der Ansicht, dass die Vertagung der Entscheidung der einzige Weg zum Sieg ist, weil in den nächsten zwei Monaten neue Studien über den Wirkstoff eingeleitet werden. Sie werden wahrscheinlich beweisen, dass Glyphosat nicht unschuldig ist. Werden sie? Eins ist klar: Ein großer Prozentsatz der europäischen Länder zieht es definitiv vor, in ihren bequemen Brüsseler Sesseln zu sitzen und sich nicht auf eine konkrete Position festzulegen, sondern begnügt sich mit dem Status "enthalten".

Mangel an Transparenz

"Die Europäische Kommission will die Zulassung von Glyphosat um weitere 15 Jahre verlängern. Mit dieser Aktion wird die Kommission nicht nur das in der Erklärung von Rio de Janeiro über Umwelt und Entwicklung festgelegte Sicherheitsprinzip verletzen, sondern auch die Studien internationaler Aufsichtsbehörden völlig ignorieren, die Ende letzten Jahres bewiesen haben, dass die Verwendung von Glyphosat zu potenziellen Genmutationen und einem erhöhten Krebsrisiko führt", erklärte Martin Häusling, der Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament in Brüssel, in seiner Ansprache letzte Woche.

Dies stellt den Entscheidungsprozess der europäischen Institutionen in Frage, die Unternehmensinteressen folgen und die Gesundheit der eigenen Bürger gefährden. Das Fehlen einer einheitlichen Position nicht nur in den gemeinsamen Forschungsberichten, sondern auch in den konkreten Maßnahmen der Europäischen Kommission unterstreicht das erfolglose Entscheidungsmodell in der Gemeinschaft. Denn heute ist es ein Herbizid, morgen steht der Kampf um gentechnisch veränderte Pflanzen bevor, und in 10 Jahren wird unsere Vorstellungskraft wahrscheinlich nicht ausreichen, um zu begreifen, worüber die supranationalen Organisationen streiten werden.

Fortsetzung folgt...